

Die Gefahr, dass die Bauernproteste missdeutet werden

Gastkommentar. Warum die Landwirte europaweit seit Wochen auf die Straße gehen.

VON ZENO PIATTI-FÜNFKIRCHEN

Zu Recht gehen seit mehreren Wochen Bauern auf die Straße. Die Kombination einer prekären Einkommenssituation, exzessiver Bürokratie, steigender Produktionsauflagen und sinkender öffentlicher Unterstützung hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Wir riskieren, Bauern nicht richtig zuzuhören und falsche Schlüsse zu ziehen, was desaströse Folgen für die Gesellschaft hätten.

Der sich aktuell entladene Frust hat sich schon lang aufgebaut und ist stark vom Gefühl geprägt, dass die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung kein Verständnis für die Arbeit der Bauern hat. Produkte müssen billig bleiben, aber gleichzeitig höchsten Umwelt- und Tierwohlstandards entsprechen. Öffentliche Zahlungen werden reduziert und mit zusätzlichen, umfangreichen und komplizierten Auflagen verbunden. Zusätzlich fließen Agrargüter mit geringeren Produktionsstandards ohne Zolltarif in die EU und ziehen den Binnenmarktpreis nach unten.

Die Europäische Kommission, die glaubt, die Ernsthaftigkeit erkannt zu haben, schlägt zwei Maßnahmen vor: a) Sie möchte die Zolltarife auf Hühner, Eier und Zucker aus der Ukraine anheben; b) Bauern sollen weiterhin keine Bracheflächen für den Erhalt von Ausgleichszahlungen anlegen müssen. Während der erste Entlastungsvorschlag zu kurz greift, weil die wesentlichsten Importgüter Getreide und Ölsaaten darstellen, trägt der Zweite nichts zur Lösung des eigentlichen Problems bei.

Entzauberte Berhauptungen

Im Gegenteil, die Politik läuft Gefahr, den Versprechungen einer konventionell-industriellen Interessenvertretung auf den Leim zu gehen, bei der die Produktion auf Kosten des Umweltschutzes abgeschirmt wird. Diese Versprechungen entzaubern die Behauptungen dieser Lobby, ernsthaft Biodiversitätsschutz betreiben zu wollen, und zeigt gleichzeitig, dass der verlässlichste Garant für Artenvielfalt in

der Landwirtschaft der Biologische Landbau ist. Denn dieser produziert, wie kürzlich Studien wieder belegt haben, Biodiversität nicht nur auf den Brache- und Biodiversitätsflächen (1/3 der Biodiversitätsflächen wird von den Biobauern in Österreich zur Verfügung gestellt), sondern auf allen Bioflächen. Biodiversitätsflächen multiplizieren diesen Flächeneffekt, können diesen aber nie ersetzen.

Realitätsferne Auflagen

Hört man den Bauern richtig zu, wird deutlich, dass die Abgeltung landwirtschaftlicher Leistungen deren Hauptanliegen ist. Doch öffentliche Gelder haben sich seit den 2000er-Jahren verringert. Bei zeitgleicher Inflation ist das verheerend für einen Sektor, dessen Einkommen zu 60 Prozent aus der öffentlichen Hand stammt.

Gleichzeitig hat die Politik nicht verstanden, dass die Unmenge an Auflagen zum Erhalt dieser Ausgleichszahlungen realitätsfremd ist. Diese Auflagen zu vereinfachen wäre unmittelbar möglich und hilft direkt. Denn die Unsummen von Klauseln, Bedingungen, Ausnahmen und Übergangsbestimmungen birgt für die Bauern ein irrsinniges Frustrationspotenzial.

Der Marktmacht des Lebensmittelhandels etwas entgegenzuhalten und dem dadurch entstehenden Preisdruck auf die Produzenten sind weitere Themen, bei denen man sich nicht die Finger verbrennen möchte. Dabei könnte durch Anreize und Entlastungen für klein- und mittelständige Lebensmittelhändler wieder Vielfalt in diesem Sektor entstehen.

Somit ist klar, dass das Streichen der vier Prozent Bracheverpflichtung eine Nebelgranate ist. Diese hilft ausschließlich extrem intensiv wirtschaftenden Betrieben, bietet den Bauern jedoch keine Perspektive und schadet der Biodiversität.

Zeno Piatti-Fünfkirchen, MMSc (*1989) ist Agrar- & Umweltökonom, Biobauer, Obmann der Arge Agroforst und Obfrau-Stv. von Bio Austria.
E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNA GOLDENBERG



Adieu, bunter Sari: Mein Kostüm von damals ist heute rassistisch

Stereotypisierende Kostüme lässt man heutzutage besser bleiben. Aber was ist dann der Sinn von Fasching? Warum es uns so schwerfällt loszulassen.

Vor einiger Zeit fand ich Fotos von den Faschingsfesten meiner Volksschulzeit. In der dritten Klasse trug ich einen Sari, den mir mein Onkel von einer Geschäftsreise aus Indien mitgebracht hatte. Im Gesicht hatte ich getöntes Make-up, dazu einen roten Punkt, das Bindi, über der Nasenwurzel. Auf dem Klassenfoto sind auch zwei Pocahontas, ein „Indianer“ mit Federkrone, ein Cowboy und eine „Japanerin“ mit Kimono und langem Lidstrich zu sehen.

Die Fotos erweckten widersprüchliche Gefühle in mir. Zum Glück haben wir dazugelernt, denke ich mir, einerseits. Ein sogenanntes Brownface, bei dem man sich für ein Kostüm einen dunkleren Teint zulegt, ist heute zu Recht ein rassistisches No-Go. Stereotypisierende Kostüme, die fremde Kulturen verklärend, herabwürdigend oder inkorrekt darstellen, mittlerweile ebenso. Sie reißen Riten – wie den Federschmuck – aus dem Kontext. Die Stereotype haben zudem eine blutige Geschichte: Sie wurden benutzt, um Ausbeutung und Unterdrückung zu rechtfertigen.

Doch meine achtjährigen Klassenkameradinnen wollten bestimmt nicht das Leid indigener Völker durch die Hände europäischer Zuwanderer verharmlosen. Pocahontas hatte ihr Interesse geweckt, weil die Hüpftochter in damaligen Disney-Film als mutige Heldin dargestellt wurde. Aber das Ergebnis ist das gleiche: ein Kostüm, das nach unten tritt. „Indianerkostüme“ werden deshalb heute zu Recht nicht mehr gern gesehen.

Das Gefühl, dass an dieser positiven Kindheitserinnerung etwas falsch gewesen sein sollte, war mir unangenehm. Ich erinnerte mich, wie schön ich mich im bunten Sari fühlte. Oder ging ich einem bekannten psychologischen Phänomen auf den Leim, indem ich die vermeintlich gute alte Zeit verherrlichte? Vermutlich hätte ich das Faschingsfest in einem anderen Kostüm genauso toll gefunden.

Heutzutage hört man häufig, dass Kostüme, die fremde Kulturen darstellen, das Interesse von Kindern an diesen wecken würden. Ich weiß, dass ich damals stolz war, etwas Authentisches von weit

weg in die recht homogene Volksschulklasse eines Wiener Außenbezirks zu bringen. Aber hatten wir über die Bedeutung des Bindi gesprochen? In der hinduistischen Tradition symbolisiert es unter anderem Frömmigkeit und das innere Auge. Ich bin ziemlich sicher, dass ich das damals nicht gewusst habe.

„Ich bin kein Kostüm“ war der Slogan einer Plakatkampagne, die der deutsche Antidiskriminierungsverband, gefördert von der Linken, 2017 veröffentlichte. Zu sehen ist etwa eine schwarze Frau, daneben eine Person im „Afrikanerin“-Kostüm. In den sozialen Medien machte man sich damals über die Kampagne lustig; Es „beschwert“ sich unter anderem eine Katze über ein Katzenkostüm. Im ersten Moment brachte mich das zum Schmunzeln. Aber natürlich ist es ein Unterschied, ob man die Identität historisch unterdrückter Menschen annimmt oder die eines beliebigen Haustiers.

Sucht man im Internet nach „Österreicherin“ oder „Österreicher“-Kostüm, schlägt Google Trachten, kaiserliche Gewänder oder eine Uniform vor. Von keinem dieser Outfits fühlte ich mich akkurat repräsentiert. Besonders schlimm fand ich das nicht, witzig allerdings ebenso wenig.

Online entdeckte ich auch das Kostüm „orthodoxer Jude“. Bart, Schläfenlocken, Hut. Würde das jemand tragen, der keinen Bezug zum Judentum hat, empfinde ich das als antisemitisch. Denn anders als beim „Österreicher“-Kostüm gibt es hier eine Geschichte des Spotts und der Verfolgung.

Vielleicht, dachte ich, erwarten wir ja vom Karneval gleichzeitig zu viel und zu wenig. Es ist eine christliche Tradition, die traditionell Gelegenheit bietet, die Rollen zu vertauschen. Doch der Sinn davon war stets auch, gesellschaftliche Verhältnisse einzuzementieren. Ganz ohne Klischees geht es deshalb nicht. Zugleich sind die Kostüme immer ein Spiegel der Gesellschaft – auch und gerade dann, wenn sich diese ändert. Gut so.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin: Anna Goldenberg ist Journalistin und Autorin („Versteckte Jahre. Der Mann, der meinen Großvater rettete“, 2018, Zsolnay) und lebt in Wien. Sie schreibt hier im 14-Tage-Rhythmus abwechselnd mit dem Journalisten Thomas Weber.

hen? Ein nicht einseitiger und weniger destruktiver Ansatz hätte mehr gebracht. Um das zu erkennen, braucht niemand die Sicht diverser Langthaler-Feindbilder zu übernehmen.

Mag. Christoph H. Benedikter, 3512 Mautern

Diese „Tosca“ ist immer ausverkauft

„...Applaus für ‚E lucevan le stelle‘ von Jens F. Laurson, 5.2.“

Margarete Wallmanns Inszenierung von Puccinis „Tosca“ ist mitnichten „tamfarben-olivgrau“ mit „Mottenpulvergeruch“, wie Jens Laurson meint. Diese Inszenierung bietet die seltene Chance, eine Oper so zu sehen, wie es sich Librettist und Komponist vorgestellt haben. Eine solche Aufführung kann man richtig genießen, ohne dauernd von den Mätzchen bzw. „tiefsinnigen“ Psychologisierungen „moderner“ Regisseure von der eigentlichen Handlung abgelenkt zu werden. Viele von diesen Regieideen haben mit dem, was gesun-

gen wird, leider oft kaum mehr etwas zu. Nicht umsonst ist diese „Tosca“ immer ausverkauft.

Dr. Anton Schwarz, 1210 Wien

Wechselmodell noch lange Zeit aussichtslos

„Halbe-halbe und das gute Leben“, GK von Martin Busch am 3.2.

Als (leider) Betroffener kann ich Martin Busch nur zustimmen, wobei ich leider die Situation für das Wechselmodell im deutschsprachigen Raum und v. a. in Österreich noch für lange Zeit als aussichtslos erachte. Konservative Kreise halten am Residenzmodell unerschütterlich fest, denn sie meinen, die Kinderbetreuung sei Frauensache und nur Mütter seien für die Kinder gut.

„Linke“ Kreise bzw. Feministen und Feministinnen sind wohl für „halbe-halbe“, solange das Paar mit dem Kind oder den Kindern zusammenlebt; aber in dem Augenblick, in dem sich Mutter und Vater trennen, kommt für sie nur mehr eine Betreuung der Kinder durch die Mutter infrage (eine bemerkens-

werte Konsequenz und Logik). Diesen Standpunkt vertritt in Österreich wohl eine breite Gesellschaft, aber auch die aktuelle Gesetzeslage und vor allem die Gerichte, die nur Mütter unterstützen. Väter werden nach Trennungen erst herangezogen, bevor Kinder einem Heim übergeben werden müssen, wenn die Mutter absolut nicht mehr infrage kommt. Auch die letzten Überlegungen zu einer Gesetzesänderung im Obsorgebereich bestätigen dies. Und so bleiben Martin Buschs Überlegungen auf unabsehbare Zeit bedauerlicherweise Wunschdenken.

Dr. Rudolf Wild, 1230 Wien

Was die katholischen Bischöfe vergessen haben

„Profit für einige...“, „Déjà-vu“ von Hans Winkler, 6.2.

Der Artikel regt zum Nachdenken an, wengleich die katholische Kirche bereits sehr vielversprechend nachgedacht hat. Zusammengefasst in der Enzyklika „Rerum Novarum“ von „Arbeiterpapst“ Papst

Leo XIII. am 15. Mai 1891. Diese päpstliche Enzyklika war ausschlaggebend für die volkswirtschaftliche Lehre des Distributismus ab dem späten 19. Jahrhundert. Den distributistischen Vorstellungen zufolge sollte der Besitz von Produktionsmitteln so weit wie möglich verteilt sein, statt sich im zentralen Besitz des Staats (wie im Staatssozialismus) oder einer begrenzten Zahl von Individuen (wie auch im Kapitalismus) befinden. Unter diesem System wären die meisten Menschen in der Lage, ihren Lebensunterhalt, etwa in Form von Familienunternehmen, selbst zu erwirtschaften, ohne auf die Nutzung fremden Eigentums angewiesen zu sein.

Und das ist das wirkliche Déjà-vu in dieser Diskussion, denn genau auf diesen Grundlagen erfolgte der Wiederaufbau in den 1940er- bis Mitte 1970er-Jahre und das damit verbundene Wirtschaftswunder in Österreich und Deutschland.

Die katholischen Bischöfe haben diese ökonomische Lehre ignoriert oder vergessen. Jetzt dilet-

tieren sie in der Pastorkonferenz herum, sind bar jeglicher eigener Problemlösungsansätze und ohne Anspruch auf Berufung national-ökonomischer Grundsätze. Dabei wäre jetzt ein Facelifting des Distributismus von höchster Modernität, wenn wir sehen, wie die Systemhalter gewerblicher und unselbstständiger Mittelstand sowie der Bauernstand mutwillig und vielfach auch digital ruiniert werden.

KR Anton Bucek, 5020 Salzburg

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: Stefanie Kompatscher

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

Morgen in „Quergeschrieben“:
Christian Ortner